



HESSISCHER LANDTAG

03. 09. 2026

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der AfD

Arbeitsplätze brauchen gute Industriepolitik – Nordhessen braucht wettbewerbsfähige Standortbedingungen statt Symbol- und Subventionspolitik

Der Landtag wolle beschließen :

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. Der Landtag stellt fest, dass Nordhessen als Industriestandort gegenwärtig vor erheblichen strukturellen Herausforderungen steht. Die Unsicherheit über die langfristige Beschäftigungsentwicklung bei Volkswagen in Baunatal sowie die ungewisse Zukunft des Alstom-Standortes in Kassel stehen beispielhaft für den zunehmenden Wettbewerbsdruck auf industrielle Arbeitsplätze in der Region.
2. Der Landtag stellt fest, dass die dauerhafte Sicherung industrieller Arbeitsplätze nicht durch einzelne Förderprogramme, staatliche Subventionen oder politische Solidaritätserklärungen erreicht werden kann. Entscheidend sind vielmehr Rahmenbedingungen, unter denen bestehende Unternehmen international wettbewerbsfähig produzieren und neue Unternehmen aus eigener Kraft investieren.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundes- und europäischer Ebene insbesondere für eine dauerhafte Senkung der staatlich verursachten Energie- und Produktionskosten einzusetzen. Dazu gehören die Reduzierung von CO₂-bedingten Zusatzbelastungen sowie eine Energiepolitik, die Versorgungssicherheit, Preisstabilität und ausreichend grundlastfähige Kapazitäten gewährleistet.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Belastung hessischer Unternehmen durch Bürokratie, Berichts-, Dokumentations- und Nachweispflichten deutlich zu reduzieren. Hierzu sind landesrechtliche Auflagen und Berichtspflichten systematisch auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen, nicht erforderliche Regelungen abzuschaffen sowie auf Bundes- und EU-Ebene auf eine Rücknahme übermäßiger Lieferketten-, Nachhaltigkeits- und Berichtspflichten hinzuwirken.
5. Der Landtag bekräftigt die besondere Bedeutung der Automobil- und Zulieferindustrie für Hessen und fordert die Landesregierung auf, sich für eine technologieoffene Automobilpolitik einzusetzen. Politisch vorgegebene Technologiepfade und Verbote, insbesondere das faktische Verbrennerverbot, sind durch marktwirtschaftlichen Wettbewerb zwischen den verschiedenen Antriebstechnologien zu ersetzen. Dies ist gerade für die Zukunft des Volkswagen-Standortes Baunatal und seiner industriellen Wertschöpfung von Bedeutung.
6. Der Landtag stellt abschließend fest, dass eine nachhaltige Industriepolitik nicht erst dann beginnen darf, wenn einzelne Standorte bereits in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind. Arbeitsplätze werden langfristig gesichert und neu geschaffen, wenn sich Investitionen, Produktion und Beschäftigung in Hessen wirtschaftlich rechnen. Aufgabe der Politik ist es deshalb, verlässliche und wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen zu schaffen, anstatt wirtschaftspolitische Fehlentwicklungen im Nachhinein mit immer neuen Förderprogrammen kompensieren zu wollen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 3. September 2026

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe